



Kanton Bern
Canton de Berne

Staatskanzlei

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
+41 31 633 75 11
info.sta@be.ch
www.be.ch/sta

Unsere Referenz: 2019.STA.544

Vernehmlassung: Antwort-Tabelle
zur Änderung des Gesetzes über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz; IG)

Absenderin bzw. Absender:
Sozialdemokratische Partei des Kantons
Bern
Parti socialiste du canton de Berne

Bern, 22. Juni 2021

Bitte retournieren:	- im <u>Word</u> -Format - per E-Mail an politischegeschaefte.sta@be.ch - bis 9. Juli 2021
---------------------	---

Allgemeine Bemerkungen

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung bezüglich **Änderung des Gesetzes über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz; IG)**. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung:

Die SP Kanton Bern teilt das Hauptanliegen der Gesetzesrevision, dass die Vorschriften zur behördlichen Informationstätigkeit an die technischen Entwicklungen angepasst werden sollen und damit die bereits heute gelebte Informations- und Kommunikationstätigkeit der Behörden gesetzlich abgebildet wird.

Auch die Bestrebungen, die Zugänglichkeit und die Verständlichkeit für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu verbessern gesetzlich zu verankern, erachten wir als sehr wichtig. Dies ermöglicht allen Menschen des Kantons eine Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben.

Klassische Medien tragen zur Meinungsvielfalt und zur politischen Meinungsbildung bei und leisten damit für das Funktionieren unserer direktdemokratischen Staatsform einen wichtigen Beitrag. Die Diskussion in den Eidgenössischen Räten hierzu verfolgt die SP des Kantons Bern mit grossem Interesse.

Vielfalt und Qualität spielen dabei eine grosse Rolle. Gerade auch die jüngsten Entwicklungen auf dem Berner Medienmarkt zeigen, dass eine gesetzliche Grundlage zur indirekten Förderung der Medien von Nöten ist. Der Kanton stellt sich mit der vorliegenden Vorlage eine grössere Bringschuld und übernimmt eine aktivere und vor allem auch proaktivere Rolle. Dieser Perspektivenwechsel ist sehr zu begrüssen, denn er fördert das bröckelnde Vertrauen in die Behörden und die Politik.

Mit dem «Polit-Forum Bern» besteht zudem ein etablierter Ort an zentraler Lage in der Stadt Bern, der als Begegnungs-, Diskurs- und Diskussionsort dient. Zudem leistet das Forum wichtige Beiträge zur politischen Bildung an Schulen und lädt zur Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und Abstimmungsbotschaften ein. Die Unterstützung dieser Institution in dem man deren Mitfinanzierung auf formal-gesetzliche Grundlagen stellt, erachtet die SP des Kantons Bern als sehr wichtig und begrüsst diesen Schritt ausdrücklich.

Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Synopse des Informationsgesetzes (IG) bzw. IMG

Artikel	Bemerkungen
14, 1a und 16a	Wir begrüßen die aktive Formulierung, dass in diesen beiden Artikeln die Behörden zu einer Kommunikation mit der Bevölkerung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und zu einem interaktiven Austausch aufgefordert werden.
14a	Zugänglichkeit für Menschen mit besonderen Bedürfnissen Die Zugänglichkeit und Verständlichkeit für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu verbessern und gesetzlich zu verankern, erachten wir als sehr wichtig, um allen Menschen im Kanton Bern eine Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben zu ermöglichen.
15b	Bekanntgabe von Personendaten im Internet: Dieser Artikel unterstützt die Zugänglichkeit und unterstreicht den Willen des Kantons, eine niederschwellige Kontaktaufnahme mit Behörden- und Verwaltungsmitarbeitenden zu ermöglichen.
4a.1	Massnahmen zur Medienförderung Wir begrüßen den Perspektivenwechsel hin zu einer proaktiven, dialogorientierten Kommunikationspolitik. Er fördert das Vertrauen in Behörde und Politik
34	Massnahmen zur Medienförderung Wir begrüßen grundsätzlich die sehr offene Formulierung dieses Artikels, der eine breite Förderung von Infrastrukturen, Medienangeboten, Intermediären und der Forschung ermöglicht. Eine offene und transparente Information über die Umsetzung dieses Artikels wird aus Gründen der Vertrauensbildung sehr wichtig sein. Wir freuen uns auf die Präsentation der Strategie dazu.
34b Abs. 2	Die Förderung sprachlicher Minderheiten ist im zweisprachigen Kanton Bern besonders zu begrüßen.
34h	Die Förderung der politischen Bildung im Rahmen des Schulunterrichts ist besonders zu unterstützen.
34i	Die hier dargelegten nun gesetzlich fundierten Möglichkeiten der Unterstützung politischer Bildung (im speziellen von Jugendlichen) durch die Beauftragung Dritter begrüßen wir sehr. Aber auch kantonseigene Projekte sind zu unterstützen

Bemerkungen zum Dekret über die Aufgaben der Direktion und der Staatskanzlei und die Direktionsbezeichnungen (ADSD)

9	Wir möchten speziell auf die Wichtigkeit der Medienförderung und der Förderung der politischen Bildung hinweisen.
---	---